

2. Aktivitäten der Falungong-Bewegung
3. Petitionen von entlassenen Staatsangestellten, enteigneten Bauern oder arbeitslosen Hochschulabsolventen
4. terroristische Aktivitäten durch militante ethnische Minderheiten
5. Bewegungen für ein unabhängiges Taiwan
6. Bewegungen für mehr Demokratie in Hongkong
7. Nutzung des Internets zur Verbreitung von Gerüchten oder zur Überhöhung wirtschaftlicher Probleme
8. Religiöse Infiltrationsversuche durch ausländische Mächte
9. Verbreitung eines „bourgeois Liberalismus“

Die Regierung soll alle Medien- und Regierungsorgane angewiesen haben, verdächtige Aktivitäten umgehend zu melden. (ZM, Mai 04, S.10-12; ST, 4.6.04) -fs-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

17 Weltbank-Konferenz zur Armutsbekämpfung in Shanghai

Ziel der Weltbank-Konferenz am 26. und 27. Mai in Shanghai, die über 800 Teilnehmer aus dem In- und Ausland anzog, war die Evaluierung von „best practices“ zur effektiveren Bekämpfung der weltweiten Armut. Anhand von über 70 Fallbeispielen diskutierten Praktiker und Politiker über die Erfolgsaussichten von Projekten und Strategien zur Armutsbekämpfung sowie die Möglichkeiten, mit den ohnehin knappen Ressourcen die 2,8 Mrd. Menschen aus der Armut herauszuführen, die von weniger als 2 US\$ am Tag leben müssen, also über die Hälfte der Bevölkerung in den Entwicklungsländern.

Armutsbekämpfung ist das erste von 8 Millenniums-Entwicklungszielen (Millennium Development Goals, MDG), die 1995 auf dem Weltsozialgipfel mit der „Agenda 21“ zu den

zentralen entwicklungspolitischen Zielen der Weltgemeinschaft und zur Aufgabe internationaler Organisationen erklärt wurden. Weitere MDG sind die Verbreitung universeller Elementarbildung, Gender-Gleichheit und Empowerment von Frauen, Reduktion der Kindersterblichkeit, die Verbesserung der Gesundheit der Mütter, der Kampf gegen HIV/AIDS, Malaria und andere Krankheiten, die Sicherung der Nachhaltigkeit in der Umwelt sowie die Ausweitung einer globalen Partnerschaft für Entwicklung. Angestrebt wird, die Zahl der armen Menschen des Jahres 1990 bis zum Jahre 2015 zu halbieren.

In der Verfolgung dieses Ziels ist die Welt nach den Aussagen der Weltbank, wie z.B. im Weltentwicklungsbericht 2000/1 *Bekämpfung der Armut*, bereits auf einem guten Wege. Und auch der Weltbank-Präsident James Wolfensohn erklärte auf einer Pressekonferenz vor Beginn der Konferenz, dass die Zahl der Armen in den letzten drei Dekaden wesentlich reduziert werden konnte. Dabei sind die Entwicklungstrends aber sehr ungleichmäßig: Während sich eine deutliche Verbesserung der Armutssituation in Ostasien abzeichnet – abgesehen von der Lage in Nordkorea –, wächst die Armut in anderen Regionen der Welt, besonders in Subsahara-Afrika, Süd- und Zentralasien sowie in Osteuropa; die Hälfte aller Afrikaner lebt von weniger als 1 US\$ am Tag.

China gehört zu den Hoffnungsträgern der Weltentwicklung und die Konferenz diente u.a. dem Ziel, die Lektionen herauszuarbeiten, die die „chinesische Formel“ der Armutsbekämpfung anbietet. „You’ve taken 420 million people out of poverty. I would say that’s a pretty good record“, lobte Wolfensohn die Gastgeber auf der erwähnten Pressekonferenz, „I wouldn’t fool with the formula. It seems to be working and that’s the reason we’re here“. (WSJ, 25.5.04)

ARMUTSBEKÄMPFUNG IN CHINA

Die chinesische Führung maß der Konferenz dementsprechend eine hohe Bedeutung zu, konnte sie China doch als erfolgreiches Beispiel für entschlossenes und erfolgreiches Vorgehen in der Armutssenkung vor einem internationalen Publikum präsentieren. Wenn die Weltbank (WB) im Jah-

re 2015 die MDG zur Halbierung der Armut in Asien erreichen wird, dann wegen der chinesischen Erfolge. Nach Weltbankangaben – die Chinesen selbst rechnen mit einer niedrigeren Armutsgrenze und kommen daher zu niedrigeren Zahlen – konnte die Zahl der Armen in China von 490 Mio. im Jahre 1981 auf 88 Mio. heute verringert werden. Ein wesentlicher Grund dafür, so der WB-Chefökonom Homi Kharas, war der Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft und die niedrigen Marktpreise für Lebensmittel sowie die Tatsache, dass sich auch lokale Regierungen und Unternehmer an der Umsetzung der in Beijing beschlossenen Politik beteiligten („China’s success inspires envy and awe“, IHT, 28.5.04).

China selbst schreibt seine großen Erfolge bis Mitte der 90er Jahre vor allem seiner entwicklungsorientierten Wirtschaftspolitik zu, ein explizites Programm zur Armutsbekämpfung wurde erst 1994 mit dem „8-7 Angriffsplan zur Beseitigung der Armut“ (*Guojia baqi fupin gongjian jihua*) bekannt gegeben, der vorsah, innerhalb der nächsten sieben Jahre bis zum Ende des Jahrtausends die verbleibenden 80 Mio. Arme auf dem Lande aus der Armut zu befreien. Der 8-7 Plan war das erste umfassende Programm der gezielten Armutsbekämpfung, das sich nicht nur ein ambitioniertes Ziel setzte, sondern auch die entsprechenden Maßnahmen zu seinem Erreichen vorsah: eine Stärkung staatlicher Institutionen und die Festlegung von Verantwortlichkeiten, die Ausweitung der finanziellen Mittel und ihren effektiven Einsatz sowie die Mobilisierung weiterer (auch gesellschaftlicher) Ressourcen. Das Ziel, die Armut bis zum Jahre 2000 zu beseitigen, stand im Einklang mit der von Deng Xiaoping erhobenen Forderung, bis zum Ende des Jahrhunderts in China einen Lebensstandard des „bescheidenen Wohlstands“ zu erreichen. Wenn die chinesische Führung im Jahr 2001 dieses Ziel auch als „im Grunde“ erfüllt ansah, so musste sie doch zugleich eingestehen, dass es immer noch „Inseln der Armut“ gab. Selbst nach den Berechnungen auf der Grundlage der sehr niedrigen chinesischen Armutsgrenze gab es immer noch 30 Mio. Arme. Die Schlussfolgerung daraus war, dass die Beseitigung der Armut in China eine lang-

fristige Aufgabe ist, die die Regierung während des gesamten „Anfangsstadiums beim Aufbau des Sozialismus“ beschäftigen wird. So wurde ein weiteres Programm beschlossen: die Leitlinie zur Armutsbekämpfung und Entwicklung in Chinas ländlichen Gebieten (*Zhongguo nongcun fupin kaifa gangyao [2001-2010 nian]*).

Ministerpräsident Wen Jiabao wies auf diese Programme und ihre Erfolge in seiner Eröffnungsansprache hin (GMRB, 27.5.04), verschwie aber nicht, dass auch in China Armut aufgrund ungleicher Entwicklung noch ein akutes Problem sei: Auf dem Lande seien noch knapp 30 Mio. Menschen ohne hinreichende Kleidung und Ernährung (dies zu gewährleisten [*jiejue wenbao*], ist das erste Ziel der Armutsbekämpfung), in den Städten liege das Einkommen von über 20 Mio. Bewohnern unter dem gesetzten Minimum und über 60 Mio. Behinderte bräuchten Hilfe. Armutsbekämpfung, so Wen, sei nicht allein ein wirtschaftliches, sondern auch ein politisches Problem und er machte der Weltgemeinschaft fünf Vorschläge: Alle Staaten sollten zur Erhaltung von Frieden und Stabilität zusammenarbeiten, vor allem auch zur Erhaltung der sozialen Stabilität in ihren Ländern; es sollte eine neue gerechte und vernünftige internationale politische und wirtschaftliche Ordnung geschaffen werden; die entwickelten Länder sollten die Entwicklungsländer noch stärker unterstützen; die sich entwickelnden Länder sollten sich vor allem auf ihre eigenen Kräfte besinnen; und die internationalen Organisationen sollten eine noch größere Rolle bei der Mobilisierung und Organisierung der Menschen zur Armutsbekämpfung spielen. Obwohl selbst Entwicklungsland, werde China seine internationalen Anstrengungen erhöhen. Wen gab bekannt, dass die chinesische Regierung bereit sei, 50 Mio. US\$ in den Afrikanischen Entwicklungsfonds und weitere 30 Mio. US\$ in den Asiatischen Entwicklungsfonds einzuzahlen; außerdem werde sie der Asiatischen Entwicklungsbank für die Schaffung eines „Chinesischen Sonderfonds zur Armutsbekämpfung und regionalen Kooperation“ weitere 20 Mio. US\$ zuweisen.

In einem *policy statement* wies die chinesische Regierung darüber hinaus auf die bisherigen Erfolge in der Armutsbekämpfung hin und gab ihre Absicht zur Beseitigung der Armut in China bekannt (XNA, 27.5.04).

Ausgangspunkt dafür sei, dass China in den ersten 20 Jahren des 21. Jahrhunderts für seine Bevölkerung eine Gesellschaft mit einem „umfassenden bescheidenen Wohlstand“ schaffen wolle. Armutsbekämpfung erfolge auf der Basis dieser Entwicklungsstrategie, die die menschlichen Bedürfnisse unterstreiche und ein umfassendes, harmonisches und dauerhaftes Wachstum anstrebe. Damit wurde Bezug auf das „neue Entwicklungskonzept“ genommen, das neben der wirtschaftlichen auch die soziale Entwicklung betont (vgl. C.a., 2004/3, Ü 13). Dieses Konzept verspreche angesichts der noch bestehenden Probleme und vor allem der sich weiter vergrößernden sozialen Schere zwischen Stadt und Land sowie zwischen einzelnen Regionen und nicht zuletzt einzelnen sozialen Gruppen größere Erfolge. Beitragen zur effektiveren Armutsbekämpfung werden u.a. die nationale Strategie zur Entwicklung des Westens und nordöstlichen Industriegürtels und Chinas Bemühungen zum Aufbau eines sozialen Sicherungssystems; in den unterentwickelten ländlichen Gebieten werde demnächst gemäß der lokalen Bedingungen ein Grundsystem der Lebenssicherung errichtet. Die Unterprivilegierten sollen mehr an den Entscheidungs- und Umsetzungsprozessen der Projekte zur Armutsbekämpfung beteiligt werden und vor allem Frauen und ethnische Gruppen sollen bevorzugt behandelt werden. Auch nichtoffizielle Organisationen und der Privatsektor, so das Statement, seien wichtige Akteure im Kampf gegen Armut. In einem längeren Beitrag der Nachrichtenagentur Xinhua zur Armutsbekämpfung in Gansu (27.5.04) hob diese vor allem hervor, dass der „partizipative Stil“, den die Weltbank als Erste entwickelt habe, inzwischen allgemeine Praxis in der Provinz sei. Diese gehört mit über 6 Mio. Menschen unterhalb der Armutsgrenze zu den ärmsten Provinzen in China und hat in den letzten Jahren über 100 Armutprojekte gestartet, zu denen zahlreiche internationale Organisationen beitragen, 24 von ihnen haben jeweils über 10 Mio. US\$ an Hilfszahlungen geleistet.

SOZIALE KONFLIKTE

Nach chinesischen Berechnungen hat die Zahl der extrem Armen von 250 Mio. im Jahre 1978 auf 29 Mio. Ende 2003 abgenommen. Wie bedeutend allerdings für diese Berechnungen die Höhe der angesetzten Armutsgrenze ist, zeigen Aussagen in einem Beitrag der *Beijing Review* von Chen Wen („The Pinch of Poverty“, [http://www.bjreview.com.cn/200415/Nation-200415\(B\).htm](http://www.bjreview.com.cn/200415/Nation-200415(B).htm)). Legt man ein jährliches Nettoeinkommen von 637 Yuan (76,9 US\$) zugrunde, dann lag die Zahl der absolut Armen in den ländlichen Gebieten mit 29 Mio. um 800.000 höher als im Vorjahr. Dieser Anstieg sei vor allem ersten Naturkatastrophen in Provinzen wie Anhui, Henan, Heilongjiang und Shaanxi geschuldet. Bei einem jährlichen Nettoeinkommen von 882 Yuan (106,5 US\$) aber sei die Zahl der Geringverdienenden auf dem Lande Ende 2003 gegenüber dem Vorjahr um 2,08 Mio. gesunken und betrug 56,17 Mio. Menschen. Dieser Rückgang sei auf den Anstieg der Agrarpreise zurückzuführen. Allein in Xinjiang habe daher die geringverdienende Bevölkerung um 1,03 Mio. abgenommen.

Der Erfolg in der Armutreduzierung, so soll eine Studie der Qinghua-Universität in Beijing ergeben haben, sei zu 75% auf den wirtschaftlichen Reformkurs zurückzuführen. Für die derzeit noch bestehenden Probleme wird u.a. auf die sich im letzten Jahrzehnt vergrößernde soziale Ungleichheit hingewiesen (XNA, 28.5.04). Diese sprach auch WB-Präsident Wolfensohn am Vorabend der Konferenz in Shanghai offen an und warnte davor, das in China Erreichte zu großen sozialen Risiken auszusetzen (FEER, 10.6.04): „You cannot have a society with billionaires and hundreds of millions of people living on one or two dollars a day“. Wenn es China nicht gelänge, eine Brücke zwischen Arm und Reich zu schlagen, könne es zum Opfer seines eigenen Erfolgs werden. Die Frustration, so David Murphy in der FEER, zeige sich in einer wachsenden Zahl von Protesten. Im Jahre 2003 hätten sich über 10 Mio. Menschen an offenen Protesten beteiligt, von denen 700 zu Zusammenstößen mit der Polizei oder der bewaffneten Polizei geführt hätten; die Abteilungen der Zentralregie-

rung seien von über 600.000 Beschwerdebriefen überflutet worden.

Um hier bereits im Vorfeld besser vermitteln zu können, habe China nach Angaben des stellvertretenden Justizministers Hu Zejun begonnen, spezielle Vermittler in den Gemeinden einzusetzen, die die bisher schon bestehenden Vermittlungskomitees in den Nachbarschaften unterstützen sollen. An Konflikten, die besonders akut sind, nannte Hu die Requirierung von Agrarland für Urbanisierungsprojekte, die Verdrängung von Städtern aus ihren Wohnungen für Städtebauprojekte sowie die Arbeitsbeziehungen in staatseigenen Unternehmen. In Shijiazhuang in der Provinz Hebei habe man im Jahre 2003 über 40.000 Fälle so regeln können, 34% mehr als im Vorjahr; die Zahl der Beschwerdebriefe sei um 13,9%, die der Zivilprozesse um 10,5% zurückgegangen.

BILDUNGSARMUT

In der „Shanghai Agenda for Poverty Reduction“, die die Konferenz verabschiedete, wird u.a. auf die große Bedeutung hingewiesen, die neben dem Wirtschaftswachstum im Allgemeinen vor allem auch Investitionen in die arme Bevölkerung durch die Bereitstellung adäquater und effektiver Bildung, Gesundheit und Infrastruktur haben (dieses Dokument sowie das Programm und einige Reden unter <http://www.worldbank.org/wbi/reducingpoverty/>). Auch die Forschungsergebnisse von Fan Shenggen, eines Experten vom International Food Policy Research Institute in den USA, belegten laut Xinhua (28.5.04), dass Bildungsinvestitionen wesentlich zur Armutsreduktion beigetragen haben, nur die Verbreitung von Technologie habe größere Erfolge bei der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität gezeigt. Dementsprechend, so gab Chen Weiguang, stellvertretender Abteilungsleiter für Finanzen im Erziehungsministerium, bekannt, habe sich China das Ziel gesetzt, in ganz China die neunjährige Pflichtschulbildung einzuführen und das Analphabetentum unter jungen Menschen und solchen mittleren Alters grundsätzlich zu beseitigen. Im Jahre 2002 sei die Pflichtschulbildung bereits in 91% der bevölkerten Gebiete Chinas verwirklicht worden, verglichen mit nur 40% in den frühen 90er Jahren; die

Analphabetenrate in der genannten Bevölkerungsgruppe sei von 10% auf unter 4,8% gesunken. In den westlichen Gebieten Chinas soll die 9-jährige Pflichtschule bis zum Jahre 2007 überall möglich sein. Dafür wurde im letzten Jahr ein Investitionsprogramm über 10 Mrd. Yuan aufgelegt. Außerdem will die Regierung im ländlichen Raum Westchinas, wie das Erziehungsministerium während der Konferenz bekannt gab (XNA, 27.5.04), in den nächsten drei Jahren weitere 10 Mrd. Yuan (rund 1,2 Mrd. US\$) zum Bau und zur Renovierung von 6.400 Grund- und Mittelschulinternaten investieren. Schätzungsweise 3,2 Mio. Schüler aus armen Familien sollen dadurch Zugang zur Bildung erhalten. Schon 2003 wurden Projekte über 6 Mrd. Yuan für die Renovierung baufälliger Schulgebäude in ganz China und über 9 Mrd. Yuan für die Ermöglichung von Distanzlernen in ländlichen Gebieten beschlossen. -gs-

18 Auslandsstudium wird gefördert

Insgesamt über 700.000 Chinesen sind seit 1978 zum Studium ins Ausland gegangen, gab der Leiter der Abteilung für internationale Zusammenarbeit und Austausch im Bildungsministerium Cao Guoxing anlässlich eines Symposiums in Beijing bekannt. Von diesen seien bisher 170.000 zurückgekehrt, während weitere 350.000 derzeit noch studierten, in kooperativen Forschungsprojekten arbeiteten oder selbst Feldforschung betrieben (GMRB, 21.5.04). Obwohl Cao damit zugleich deutlich machte, dass der weit größte Teil der Auslandsstudenten nicht bzw. noch nicht nach China zurückgekehrt ist, bekräftigte er dennoch die Politik der Regierung zur Förderung des Auslandsstudiums („das Auslandsstudium unterstützen, zur Rückkehr motivieren, Freiheit des Kommen und Gehen“ – *zhichi liuxue, guli huiguo, laiqu ziyou*). Gerade um die erfolgreichen Studenten zur Rückkehr zu bewegen, seien zahlreiche Programme aufgelegt und Unterstützungsfonds eingerichtet worden. Wie wichtig die ausländischen Studien- und Forschungserfahrungen für eine wissenschaftliche Karriere inzwischen sind, machte er mit folgenden Angaben deutlich:

Auslandserfahrungen hatten Ende des Jahres 2003 77% aller Hochschulleiter in den dem Erziehungsministerium unterstehenden Hochschulen und 80% der Akademiemitglieder in den beiden wissenschaftlichen Akademien; außerdem haben 62% der Doktorväter und 71% der Leiter von staatlichen Schwerpunktlabors sowie Lehr- und Forschungsstützpunkten im Ausland studiert.

Die kommerzielle Bedeutung u.a. chinesischer Auslandsstudenten machte ein Artikel in der *Straits Times* (8.5.04) deutlich. Der Markt für höhere Bildung wird erwartungsgemäß weltweit wachsen, und zwar von derzeit ca. 2,1 Mio. Auslandsstudenten auf rund 5,8 Mio. im Jahre 2020. Allein Großbritannien rechnet sich dabei ein Zunahme seiner Einnahmen durch dann 800.000 ausländische Studenten von derzeit 3 auf 13 Mrd. Pfund aus. In den USA bildet die „internationale Bildung“ bereits jetzt den fünftgrößten Exportbereich bei Dienstleistungen und trägt mit 11 Mrd. US\$ jährlich zur Wirtschaft bei. Eine treibende Kraft des explosiven Wachstums bilden dabei die asiatischen Auslandsstudenten, vornehmlich die chinesischen. Deren bevorzugte Zielländer sind Großbritannien, Australien und die USA. In Großbritannien stellen sie bereits die größte Zahl der Auslandsstudenten. Um dem steigenden Bedarf begegnen zu können, ziehen britische Universitäten auch eigene Einrichtungen in China in Betracht, an denen chinesische Studenten geringere Gebühren zu zahlen hätten als in Großbritannien. Dennoch sollen diese Einrichtungen nicht in Konkurrenz zu den britischen Hochschulen, sondern eher komplementär arbeiten, generell die Kooperation mit chinesischen Hochschulen stärken, Reputation für die britischen Hochschulen schaffen und nicht zuletzt für britische Studenten den Weg nach China erleichtern.

Diese und auch australische Aktivitäten stellen eine große Konkurrenz für US-amerikanische Hochschulen dar, die zusätzlich durch die verschärften Einreisemodalitäten an Attraktivität verloren haben. Die Aufnahmeanträge ausländischer Studenten seien, so die *Straits Times*, in diesem Jahr um 32% gesunken, die aus China sogar um 52%. -gs-

19 Nächster bemannter Raumflug im Jahre 2005

Die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua hat Mitte Mai Pläne bestätigt, im Herbst 2005 einen zweiten bemannten Raumflug zu starten, diesmal mit zwei Astronauten. Mit deren Training für den Flug von „Shenzhou VI“ war bereits im März wieder begonnen worden, nachdem sie sich im Anschluss an den ersten Flug im Oktober 2003 zunächst mit leichten Übungen beschränkt hatten. Die 14 Astronauten, darunter auch der erste Chinese im All Yang Liwei, werden sich in sieben Zweiergruppen für den nächsten Flug vorbereiten. Zugleich laufen Pläne für die Auswahl und Ausbildung einer neuen Generation von Astronauten, da die bisherigen alle über 30 Jahre alt sind. Möglicherweise werden unter den neuen auch Frauen sein, zumal der Allchinesische Frauenverband dafür seit längerem Lobbyarbeit betreibt. Was die Aufgaben des zweiten Fluges betrifft, so sprach der Chefdesigner, das 72 Jahre alte Mitglied der Chinese Academy of Engineering Wang Yongzhi, von „Raumausflügen“ und Experimenten und einem Flug von 5-7 Tagen. Für die nähere Zukunft von vier bis fünf Jahren plant er Rendezvous und Andockungsmanöver, wobei er diese dadurch finanziell günstig halten will, indem er die Orbitaleinheiten vorheriger Flüge nutzen will; die USA hätten immer zwei Raumschiffe zugleich starten müssen. Für das bemannte Raumprogramm hat China nach Angaben von Wang bisher weniger als geplant ausgegeben, und zwar 18 Mrd. Yuan (2,18 Mrd. US\$).

In einer Rede vor Hochschulstudenten in Beijing gab Wang am 17. Mai außerdem bekannt, dass China bis ca. 2020 auch eine bemannte Raumstation bauen werde, aber aus finanziellen Gründen auf Pläne verzichtet habe, einen bemannten Raumflug zum Mond zu planen. Hinsichtlich der bemannten Raumstation scheint China darauf gehofft zu haben, sich dem von 16 Nationen betriebenen 95 Mrd. US\$ teuren Projekt einer Internationalen Raumstation anschließen zu können, an dem neben den USA auch die Europäische Raumfahrtagentur, Russland und Japan beteiligt sind. Die USA sollen dies aber angesichts von Bedenken

über die militärische Nutzung des chinesischen Raumprogramms abgelehnt haben.

Das Mondprogramm beschränkt sich damit abweichend von anderen Äußerungen noch im März auf unbemannte Flüge. Im dreistufigen Programm der Mondfahrten soll im Jahre 2007 ein Satellit den Mond umkreisen, 2010 soll dann erstmals ein unbemanntes Raumfahrzeug auf dem Mond landen, ein weiteres im Jahre 2020, das Proben von Mondstaub auf die Erde zurückbringen soll. (WSJ, 21.2., 12.3., 12.5.04; XNA, 2.2., 27.2., 15.7.04; Zhongguo Xinwen She, 21.2.04, nach BBC PF, 23.2.04; SCMP, 19.5.04; IHT, 18.5.04) -gs-

20 Erneuter SARS-Ausbruch erfolgreich bekämpft

Am 22. Mai gab das Gesundheitsministerium Entwarnung: Es seien seit 24 Stunden keine neuen SARS-Fälle mehr gemeldet worden und der letzte Patient habe das Krankenhaus in Beijing gesund verlassen. Damit konnte die Krankheit nach einem erneuten Ausbruch im April nach relativ kurzer Zeit wieder unter Kontrolle gebracht werden. Seit dem ersten gemeldeten Fall am 22. April wurden neun Fälle bekannt, davon sieben in Beijing und zwei in der Provinz Anhui. Besonders pikant an diesem letzten Ausbruch war, dass sich die erste Betroffene, eine 26 Jahre alte Medizinstudentin, in einem staatlichen Forschungslabor angesteckt hatte, dem Nationalen Institut für Virologie in Beijing. Sie war anschließend zu Verwandten nach Anhui gereist, wo ihre Mutter tödlich erkrankte.

Die chinesische Regierung reagierte nach Bekanntwerden des Falles angesichts des bevorstehenden Mai-Feiertages schnell: Das virologische Institut wurde geschlossen, 500 Personen wurden unter Quarantäne gestellt, das Gesundheitsministerium informierte die WHO, es machte die Einzelheiten in einer Telekonferenz noch am selben Abend den lokalen Gesundheitsbehörden bekannt und forderte diese zu entschlossenem Eingreifen auf; und auch die lokalen Tourismusagenturen in der Provinz Anhui wurden aktiviert.

Die Untersuchungen über die Ursachen des Ausbruchs konzentrieren sich auf das virologische Institut in Beijing, wobei die konkrete Infektionsquelle bzw. die prozeduralen Fehler, die zur Infektion führten, noch erforscht werden müssen. Die WHO, die die Sicherheitsvorkehrungen in dem Beijinger Labor kritisierte, wies alle ihre Mitgliedsstaaten dringend darauf hin, die Arbeitsbedingungen in entsprechenden Einrichtungen zu überprüfen. Seit dem Ausbruch von SARS im Jahre 2003 seien eine Vielzahl von Coronaviren gesammelt worden, die rund um die Welt in Laboratorien gehalten würden, manche davon unter nicht angemessenen Bedingungen. Der jetzt aufgetretene Fall ist bereits die dritte Ansteckung (nach ähnlichen in Singapur und Taiwan), die von einem Labor ausging, das mit Viren experimentiert. Die FEER zitierte einen chinesischen Arzt, der die Kultur des staatlichen Center for Disease Control für die Fahrlässigkeit im Nationalen Institut für Virologie verantwortlich machte: Es sei keine Frage des Geldes, sondern eine veralteter Mentalität. Das antiquierte Gesundheitssystem sei den neuen Krankheiten nicht gewachsen.

Am gleichen Tag, an dem das Gesundheitsministerium in Beijing den Kampf gegen SARS wieder einmal für beendet erklärte, wurde vier Freiwilligen in Beijing in dem ersten Versuch am Menschen ein Impfstoff gegen das Virus injiziert. Dieser ist gemeinsam vom Wissenschaftsministerium und der Firma Sinovac Biotech entwickelt worden und soll bereits erfolgreich an Rhesusaffen getestet worden sein. Die WHO unterstützt diese Tests, mahnte China aber zu „angemessenen Maßnahmen“ und zur Sicherung der Gesundheit der Volontäre. Zugleich warnte sie vor zu großem Optimismus hinsichtlich der Marktfähigkeit des Medikaments; bis dahin könnten noch ein bis zwei Jahre vergehen. (XNA, 23.4., 25.4., 1., 19., 22.5.04; NZZ, 27.4.04; FEER, 6.5.04; Kyodo News Service, 24.5.04, nach BBC PF 25.5.04; SCMP, 24.5.04) -gs-

21 Gesundheitsministerium fordert verstärkten Kampf gegen HIV/AIDS

Nach Angaben des chinesischen Gesundheitsministeriums hat Tollwut in China die höchste Todesrate, gefolgt u.a. von SARS und AIDS. China hat in Asien die zweitgrößte und weltweit die 14.-größte Gruppe von HIV-Infizierten, von denen die meisten junge Menschen sind und in ländlichen Gebieten wohnen. Dennoch hat die chinesische Regierung die Krankheit lange Zeit nicht ernst genommen. Noch im März 2003 forderte eine Gruppe von 22 Mitgliedern der Akademie der Wissenschaften (CAS) sowie der Academy of Engineering (CAE), die chinesische Gesellschaft müsse mehr für die Prävention und Kontrolle der Krankheit tun. Zu einer offensichtlichen Wende in der Politik der Zentralregierung scheint es dann im Herbst 2003 gekommen zu sein, denn im Dezember besuchte Ministerpräsident Wen Jiabao persönlich AIDS-Patienten in einem Beijing Krankenhaus.

Nach Angaben eines Berichts des Gesundheitsministeriums sind alle 31 chinesischen Provinzen, autonomen Gebiete und Städte von der Epidemie betroffen, 840.000 Chinesen sind mit HIV infiziert, von denen 80.000 an AIDS erkrankt sind. Dabei ist die Mehrheit durch Bluttransfusionen infiziert worden. Dass die Zahl der Infizierten rapide gestiegen ist und zwar nicht nur unter den so genannten Risikogruppen wie Drogenabhängigen und Prostituierten, sondern auch in der allgemeinen Bevölkerung, hat die Regierung offensichtlich zum Handeln veranlasst. Die stellvertretende Ministerpräsidentin Wu Yi, die seit der ersten SARS-Epidemie auch Gesundheitsministerin ist, hat in einer Rede am 6. April ein entschiedeneres Vorgehen gefordert: Wenn es künftig keine effektive Prävention und Kontrollmaßnahmen gebe, dann würden die Konsequenzen „bitter“ sein.

Veröffentlicht wurde ihre Rede im Wortlaut am 9. Mai, zeitgleich mit der Bekanntgabe eines 12seitigen Zirkulars des Staatsrats, der bereits Anfang des Jahres eine Nationale Arbeitsgruppe für AIDS-Prävention eingerichtet hatte. Gefordert wird u.a. ein größeres öffentliches Bewusstsein über die Krankheit, die Unter-

brechung der HIV-Ausbreitung über Bluttransfusionen, die Unterdrückung aller kriminellen Handlungen, die zur Verbreitung beitragen (wie Drogenmissbrauch und Prostitution), sorgfältige Beobachtung der Situation und die Verwirklichung der von der Regierung beschlossenen Politik und Maßnahmen zur Behandlung der Erkrankten. Die Regierungen auf allen Ebenen und alle relevanten Organisationen werden aufgefordert, dem Kampf gegen AIDS äußerste Aufmerksamkeit zu widmen, und die leitenden Beamten in den lokalen Regierungen werden dafür persönlich verantwortlich gemacht. Diejenigen, die ihre Pflicht verletzen oder Berichte über die Epidemie zurückhalten, sollen streng bestraft werden. Zugleich werden Maßnahmen bestätigt bzw. angekündigt wie die kostenfreie Behandlung von Bedürftigen oder die verschärfte Kontrolle von Blutbanken. Dabei wird offen gelassen, wie dies in ärmeren Regionen Chinas zu finanzieren sein wird, kostet doch eine Standardtherapie zwischen 30.000 und 50.000 Yuan im Jahr.

Shanghai kündigte daraufhin an, künftig die Gebühren für die AIDS-Behandlung von Bauern und anderen bedürftigen Patienten zu kürzen oder abzuschaffen. HIV-Tests für Schwangere sollen ebenso kostenfrei sein wie für diejenigen, die sich ihnen freiwillig unterziehen. Außerdem ist die freie Versorgung der Drogenabhängigen mit sauberen Spritzen im Gespräch. Und als erste Warnung an die Blutzentren wurden Ende Mai drei Zentren in Chongqing, Hunan und Guangdong von der Regierung geschlossen. Allerdings versucht die Regierung offiziell schon seit 1995, den profitorientierten Handel mit Blut zu unterbinden, bisher ohne Erfolg. (XNA, 9., 10.5.04; WSJ, 19.5.04; SCMP, 27.5.04) -gs-

22 Arbeitslosigkeit bleibt ein drängendes Problem

Nach einem Bericht, der Ende Mai gemeinsam vom Ministerium für Arbeit und Soziale Sicherheit (MOLSS) und vom Nationalen Statistikbüro (NBS) herausgegeben wurde, wurden im Jahre 2003 insgesamt 6,92 Mio. neue Arbeitsplätze in China geschaffen; die Gesamtzahl der Beschäftigten erreich-

te damit 744,32 Mio., von denen knapp die Hälfte (über 365 Mio.) in der Landwirtschaft, 21,6% oder 160,77 Mio. in der Industrie und fast ein Drittel (218,09 Mio.) im tertiären Sektor beschäftigt waren. In den Städten waren nach diesen Angaben 256,39 Mio. Arbeitskräfte registriert, 8,59 Mio. mehr als im Vorjahr, und die Privatwirtschaft hatte 6,54 Mio. mehr Beschäftigte als noch 2002, nämlich 49,22 Mio.

Dem gleichen Bericht zufolge konnte der positive Trend Anfang 2004 fortgesetzt werden: Im ersten Quartal gelang es, 3,6 Mio. neuen Arbeitskräften eine Beschäftigung zu vermitteln und damit das Ziel für 2004 bereits zu 40% zu erfüllen. Zugleich stieg aber die Zahl der Arbeitslosen gegenüber Ende 2003 um 100.000 auf 8,1 Mio., wobei die Arbeitslosenrate bei 4,3% blieb (XNA, 31.5.04). Sowohl die Zahl der offenen Stellen als auch die der Arbeitssuchenden, so ergab eine Statistik des Personalministeriums, ist gegenüber dem ersten Quartal des Vorjahres um 20% gestiegen, allerdings gibt es große regionale Unterschiede: In 37 Großstädten beträgt das Verhältnis von offenen Stellen zu Bewerbern 1:2,17, während es in den westlichen Regionen Chinas umgekehrt ist und bei 2,39:1 liegt (XNA, 29.5.04).

Die Arbeitslosigkeit bereitet der Regierung auch weiterhin große Kopfschmerzen, zumal die genannten Zahlen nur für die in den Städten registrierten Arbeitslosen stehen. Und auch hier werden große Gruppen wie die von staatseigenen Betrieben freigesetzten Arbeitskräfte (*xiagang ren-yuan*) oder die Bauernarbeiter (*nong-mingong*) nicht erfasst – Erstere, weil sie nach wie vor eine Arbeitsbeziehung zu ihrem ursprünglichen Unternehmen haben und von diesen, wenn auch minimale, Unterstützung erhalten, Letztere, weil für deren Zahlen das Ministerium für Öffentliche Sicherheit verantwortlich ist. Das Arbeitsministerium kann daher auch nur die Zahl der *xiagang*-Arbeiter schätzen; würden diese eingerechnet, so ein Abteilungsleiter im MOLSS, betrüge die Arbeitslosenrate rund 7%. Die Akademie für Sozialwissenschaften schätzt auf der Basis eines Surveys in fünf Großstädten sogar, dass sie eher bei 12% angesetzt werden sollte. Langfristig, so hat es das Ministerium ange-

kündigt, will es auch die freigesetzten Arbeitskräfte in die Kategorie der registrierten Arbeitslosen überführen (ST, 27.4.04).

Für 2004 strebt das MOLSS an, die offizielle Arbeitslosenrate nicht über 4,7% steigen zu lassen. Dies dürfte eine gewaltige Aufgabe werden, denn es wird mit 24 Mio. Personen gerechnet, die in diesem Jahr eine Arbeit suchen, 14 Mio. Arbeitslose (also Personen, die ihre Arbeit verloren haben) und 10 Mio. neu auf den Arbeitsmarkt kommende. Insgesamt 14 Mio. von ihnen sollen nach Plänen des Ministeriums Arbeit finden, darunter fünf Mio. von den Arbeitslosen (ST, 10.3.04). Eine wesentliche Rolle dabei wird die Höhe des Wirtschaftswachstums spielen, geht man doch davon aus, dass jedes Prozent Wachstum 700.000 neue Arbeitsplätze schafft.

Weiterhin plant die Regierung eine Verbesserung und Ausweitung der beruflichen Bildung, eine größere Deckungsrate der Arbeitslosenversicherung und die Verbesserung der Situation der Bauernarbeiter in den Städten. Letzteres ist ein besonders akutes Thema, wird doch die Beschäftigung in den Städten als eine der wichtigsten Maßnahmen gesehen, um die Einkommenssituation auf dem Lande zu verbessern und damit die aus der immer größer werdenden sozialen Kluft zwischen Stadt und Land möglicherweise erwachsenen sozialen Konflikte zu mildern. Vor diesem Hintergrund erhalten die Ziele, für ländliche Migranten in den Städten einen gleichberechtigten Zugang zu Arbeit zu garantieren und noch in diesem Jahr einen „einheitlichen“ Arbeitsmarkt in ländlichen und städtischen Gebieten zu verwirklichen, besondere Bedeutung (vgl. ST, 10.3.04).

Die Brisanz des Problems wird daran deutlich, dass die Zahl der überschüssigen Arbeitskräfte auf dem Lande immer noch auf 150-300 Mio. geschätzt wird, obwohl bereits – nach einer Erhebung des NBS für 2003 – 113,9 Mio. Bauernarbeiter in den Städten arbeiten, 23,2% aller ländlichen Arbeitskräfte. Ca. 69 Mio. (61%) arbeiten in mittelgroßen Städten und 56,2 Mio. (49,9%) außerhalb ihrer Heimatprovinzen. Die entwickelten Ostprovinzen waren das Ziel der Mehrzahl von ihnen (69,9%), während die

meisten Bauernarbeiter (65,8%) aus den großen Getreide produzierenden Gebieten kamen. 85,9% der ländlichen Arbeiter waren unter 40 Jahre alt, 47,3% unter 25 Jahren. Als Hauptthemnisse für ihre Beschäftigung gibt der Bericht an: die Konkurrenz der von Staatsbetrieben freigesetzten Arbeitskräfte, einen unfairen Arbeitsmarkt sowie mangelnde soziale Sicherung (XNA, 14.5.04). Diese ungleichen Bedingungen, so Arbeitsminister Zheng Silin, sollen geändert werden, damit im Jahre 2004 noch weitere 10 Mio. Bauernarbeiter in die Städte kommen können; der Schutz ihrer Rechte stehe ganz oben auf der Agenda der Zentralregierung. Zur Errichtung eines einheitlichen Arbeitsmarktes soll den ländlichen Migranten eine bessere berufliche Ausbildung ermöglicht, ihre Rechte und Interessen sollen besser geschützt, die Dienstleistungen der Arbeitsmarkteinrichtungen verbessert und Arbeitgeber bestraft werden, die sie diskriminieren (ST, 10.3.04). Vor allem gegen die weit verbreitete Praxis, den Bauernarbeitern ihre Löhne vorzuenthalten, war die Regierung vor dem Frühling fest entschieden vorgegangen; Ministerpräsident Wen Jiabao selbst war hier aktiv geworden (vgl. C.a., 2004/3, Ü 16). Bis zum April sollen von insgesamt 32 Mrd. Yuan (3,8 Mrd. US\$) ausstehenden Löhnen 28 Mrd. ausgezahlt worden sein, so der Arbeitsminister Zheng (XNA, 28.4.04).

Die arbeitsmarktpolitischen Pläne der Regierung waren auch Gegenstand des dreitägigen „China Employment Forum“, das vom 28. bis 30. April gemeinsam von der chinesischen Regierung und der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) in Beijing abgehalten wurde. Deren Generalsekretär Juan Somavia hatte vor den über 500 Teilnehmern aus 25 Ländern deutlich auf die großen Probleme hingewiesen: die wachsenden sozialen Unterschiede zwischen Stadt und Land, zwischen Küste und Inland, zwischen Frauen und Männern, Gebildeten und Ungebildeten, Jungen und Alten, die große Arbeitslosigkeit unter ehemaligen Beschäftigten der Staatsbetriebe und auf dem Lande sowie die prekäre Lage der Bauernarbeiter in den Städten und die schlechten Arbeitsbedingungen. Die gemeldeten Todesfälle am Arbeitsplatz in Industrie und

Bergbau, so Somavia, seien im Jahre 2003 um 16% gestiegen. „These statistics translate into real lives and real strain and pain on families and communities“ (SCMP, 29.4.04).

Dieses Forum wurde von der Regierung in Beijing sehr ernst genommen, neben dem Arbeitsminister traten auch Ministerpräsident Wen Jiabao und der stellvertretende Ministerpräsident Huang Ju auf. Sie alle umrissen die Ziele, die sich die Regierung gesetzt hat und die zugleich in einem „Weißbuch zur Beschäftigungssituation und -politik“ (online unter: www.china.org.cn/e-white/20040426/) detaillierter beschrieben wurden, das am 26. April vom Informationsbüro des Staatsrats veröffentlicht wurde.

In dem Papier bekennt sich die chinesische Regierung zu einer aktiven Beschäftigungspolitik auf der Grundlage der Marktwirtschaft sowie zur aktiven internationalen Zusammenarbeit im Beschäftigungsbereich bzw. zur Einhaltung zahlreicher internationaler Konventionen, die von der Regierung ratifiziert wurden. Das Papier ist in sechs Abschnitte eingeteilt, in denen die grundsätzliche Beschäftigungssituation und die aktive Beschäftigungspolitik sowie drei besondere arbeitsmarktpolitische Aufgabengebiete (Qualifizierung; ländliche Arbeitskräfte; Frauen, Jugendliche, Behinderte) beschrieben werden; der sechste Abschnitt fasst die Vorhaben für die ersten zwei Dekaden des 21. Jahrhunderts zusammen.

Im ersten Abschnitt werden einige neuere statistische Angaben zum Jahr 2003, z.T. im Vergleich zu 1990 gemacht, die die Größe des Beschäftigungsproblems verdeutlichen sollen:

Im zweiten Abschnitt wird deutlich, dass die Regierung auch weiterhin vornehmlich auf Wirtschaftswachstum setzt, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Hervorgehoben wird erneut die Notwendigkeit, über einen Ausbau des Dienstleistungssektors und durch die Förderung der Privatindustrie die Beschäftigungskapazitäten zu erweitern. Seit 2002 wird darüber hinaus die Förderung arbeitsintensiver Industrien sowie der kleinen und mittleren Betriebe stärker betont. Ausgebaut werden sollen die Informations-

	2003	1990	2003 zu 1990
Bevölkerung (ohne Hongkong, Macau und Taiwan)	1,292 Mrd.		
• Bevölkerung über 16	998,89 Mio.		
○ davon städtische Bev.	423,75 Mio.		
○ davon ländliche Bev.	575,14 Mio.		
Erwerbspersonen	760,75 Mio.		
• Erwerbsrate	76,2 %		
Beschäftigte	744,32 Mio.		+ 96,83 Mio.
• Städtische Beschäftigte	256,39 Mio. (34,4%)	26,3%	
• Ländliche Beschäftigte	487,93 Mio. (65,6%)	73,7%	
Beschäftigungsstruktur (Sektoren):			
• Primärer Sektor	365,46 Mio. (49,1%)	60,1%	
• Sekundärer Sektor	160,77 Mio. (21,6%)	21,4%	
• Tertiärer Sektor	218,09 Mio. (29,3%)	18,5%	
Beschäftigungsstruktur (Eigentum):			
• Staatseigene Einheiten	68,76 Mio.		- 34,7 Mio.
• Städt. Gewerbetreibende und Private Einheiten	42,67 Mio.		+ 35,96 Mio.
Verfügbares Einkommen/Jahr			
• Stadtbewohner	8.472 Yuan	1.510 Yuan	+ 460% (real +160%)
• Landbewohner	2.622 Yuan	686 Yuan	+ 280% (real +77%)

und Vermittlungsleistungen von staatlichen und nichtstaatlichen Arbeitsmarkteinrichtungen, auch unter Nutzung des Internets. Große Bedeutung wird dabei den Maßnahmen zugemessen, mit Hilfe derer die freigesetzten Arbeitskräfte wieder in Beschäftigung vermittelt werden sollen. Dabei setzt die Regierung auch auf flexible Beschäftigungsverhältnisse.

Großes Gewicht misst die Regierung der Hebung des Ausbildungsniveaus der Arbeitssuchenden bei, wie der dritte Abschnitt erkennen lässt. Dabei wird ausdrücklich gefordert, bei der Schaffung eines umfassenden und vielstufigen nationalen Systems der Berufsbildung auch die ländlichen Wanderarbeiter einzubeziehen. Ohnehin bestätigt Abschnitt IV des Weißbuchs, dass die Regierung die ländlichen Arbeitskräfte besser ausbilden und bes-

ser schützen will; die Sozialversicherung in den Städten soll auf sie ausgeweitet werden. Jugendliche, das macht Abschnitt V deutlich, bilden eine weitere Problemgruppe, sind doch rund 70% der städtischen Arbeitslosen unter 35 Jahre alt. Verschärft hat sich das Problem seit 2003 durch die neue Arbeitslosigkeit unter Hochschulabsolventen (vgl. C.a., 2004/4, Ü 15).

In der Zusammenfassung in Abschnitt VI macht die Regierung klar, dass sie gewillt ist, der Größe der chinesischen Erwerbsbevölkerung durch die Ausweitung und Förderung arbeitsintensiver Bereiche stärker Rechnung zu tragen. Deren Produkte sollen auch für den Export wettbewerbsfähiger gemacht werden, um Chinas Arbeitskräfte reichum in einen komparativen Vorteil zu verwandeln. Dementsprechend sollen ausländische Investoren ebenfalls stärker für arbeitsintensive Industrien gewonnen werden.

Auch das Weißbuch macht ersichtlich, dass die Regierung im Hinblick auf die Bauernarbeiter eine neue Wende vollzogen hat. Wurde deren Abwanderung in die Städte ursprünglich zu verhindern versucht, dann aber seit Beginn der Reformen akzeptiert, so wird sie heute direkt unterstützt und gefördert. Sie gilt nach den Worten von Arbeitsminister Zheng als die Hauptmethode zur Verbesserung ländlicher Einkommen und zur Überwindung der weiten Kluft zwischen Stadt- und Landbewohnern (XNA, 29.4.04). Es bleibt abzuwarten, ob die chinesische Regierung tatsächlich ernst macht mit ihrer Ankündigung, die Barrieren zwischen dem ländlichen und dem städtischen Arbeitsmarkt abzubauen. -gs-

Außenwirtschaft

23 Ausgleich der Handelsbilanz prognostiziert – trotz Defizit im 1. Quartal

Einem Bericht des Handelsministeriums zufolge, wird für das Jahr 2004 mit einem Zuwachs des Außenhandelsvolumens auf rd. 1.000 Mrd. US\$ gerechnet. Dies wäre ein Anstieg um 17% gegenüber dem Jahr 2003. Es wird von Exporten in Höhe von 505 Mrd. US\$ (+15%) und Importen von 495 Mrd. US\$ (+20%) ausgegangen.

Das Handelsministerium sieht derzeit folgende Problembereiche in der Außenhandelsentwicklung: 1) es ist schwieriger, eine ausgeglichene Handelsbilanz zu erreichen, 2) die Rohstoffpreise beeinflussen die Exportentwicklung, 3) Chinas Verpflichtungen gegenüber der WTO werden in diesem Jahr sehr hoch sein, und 4) der Protektionismus weltweit hat zugenommen. (XNA, 22.5.04)

Der Bericht des Handelsministeriums beklagt diskriminierende Maßnahmen einiger Handelspartnerländer gegenüber China. Hierzu zählten spezielle technische Anforderungen, Quarantäne- und Qualitätsprüfungen, Zollabwicklung, Arbeitsstandards und geistige Eigentumsrechte. Weiterhin würden unfaire Untersuchungen als Barrieren für chinesische Exporte in die USA eingesetzt. Allein im letzten Jahr